

## "Vom richtigen Umgang mit Margaret Thatcher" in Le Monde (22. September 1988)

**Legende:** Nach der Rede Margaret Thatchers in Brügge kommentiert die französische Tageszeitung Le Monde am 22. September 1988 die Haltung der britischen Premierministerin zur europäischen Integration.

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. Fontaine, André. 22.09.1988, n° 13577; 45e année. Paris: Le Monde. "Du bon usage de Mme Thatcher", p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/vom\\_richtigen\\_umgang\\_mit\\_margaret\\_thatcher\\_in\\_le\\_mon\\_de\\_22\\_september\\_1988-de-b82c2fa5-bc59-4acf-84d3-4af8d77f0928.html](http://www.cvce.eu/obj/vom_richtigen_umgang_mit_margaret_thatcher_in_le_mon_de_22_september_1988-de-b82c2fa5-bc59-4acf-84d3-4af8d77f0928.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Vom richtigen Umgang mit Margaret Thatcher

Frau Thatcher liebt es, sich zu wiederholen und auf ihren Aussagen zu beharren. Die Rede, die sie am 20. September in Brügge hielt, stellte infolgedessen keine Überraschung dar: Die meisten ihrer Erklärungen, die sie in ihrem gewohnt schroffen und provozierenden Ton machte, waren bereits Gegenstand des Aufsehen erregenden Interviews gewesen, das sie der BBC im Juli gegeben hatte und in dem Jacques Delors nicht eben schonend behandelt worden war.

Die „Obsessionen“ der „Eisernen Lady“ sind bekannt und viele der europäischen Spitzenpolitiker haben gelernt, damit zu leben. Auf der einen Seite steht die Ablehnung eines supranationalen Europas, das sich in der Brüsseler „Bürokratie“ widerspiegelt, die über kein Wählervotum verfügt, aber dennoch ausgedehnte Befugnisse wahrnimmt; auf der anderen Seite befürwortet sie ein liberales Europa – im wirtschaftlichen Sinne des Begriffs –, das mehr den Unternehmern und Bankern als den Gewerkschaften verpflichtet ist. Diesen beiden großen Prinzipien fügt Thatcher zwei Ratschläge hinzu: Europa muss um jeden Preis einen Handelskrieg vermeiden, besonders mit den Vereinigten Staaten, und seine Verteidigungsbemühungen erhöhen – und geschähe dies nur, um einen latenten Isolationismus jenseits des Atlantiks zu fördern.

Die Rede von Brügge, brachte keine neuen Erkenntnisse, sondern nahm eher die Form einer Warnung an: Die wenigen Jahre, die uns vom Inkrafttreten des Binnenmarkts im Jahre 1993 trennen, werden schwierig, arbeitsreich und von Auseinandersetzungen unter den Zwölf geprägt sein, deren Tragweite auf Grund der von den Verantwortlichen in den letzten Monaten verwendeten euphemistischen Sprache nicht richtig eingeschätzt werden konnte. Je mehr sich die Tage der Entscheidungen nähern, desto deutlicher zeichnen sich die Klippen ab, zu deren Umschiffung bzw. Reduzierung zweifellos noch einige nächtliche Marathonsitzungen erforderlich sein werden.

Der Streit um die Mehrwertsteuer, der jüngst in Paris wieder aufflammte, ist ein gutes Beispiel für die künftigen Schwierigkeiten. Bis Rocard anfang, sich um eine ernsthafte Reduzierung der Staatseinnahmen zu sorgen, hieß das Schlagwort „Harmonisierung“. Nachdem die Warnung des französischen Premierministers bei einigen für Unmut gesorgt hatte, fing man im Elysée und auch im Finanzministerium in der Rue de Rivoli an, sich Gedanken zu machen, und es ist so gut wie sicher, dass sich die offizielle Position Frankreichs in einigen Monaten ziemlich weiterentwickelt haben wird. Paradoxerweise wird sie sich Thatchers Standpunkt angenähert haben, die eine Steuerharmonisierung entschieden ablehnt – wenn auch aus ganz anderen Gründen: Die britische Premierministerin ist um Liberalismus, Freihandel und Wettbewerb bemüht, während man sich in Paris allmählich Gedanken darüber macht, welche Möglichkeiten zur Intervention der Staat nach 1992 noch haben wird ...

Die Überlegungen sind noch erst ganz am Anfang; sie müssen dringend fortgesetzt werden, und man kann nur bedauern, dass der aktuelle griechische Ratsvorsitz unter der politischen Leere leidet, die derzeit in Athen herrscht. An anderen Themen und Konfliktstoffen mangelt es nicht – sei es das Vorhaben einer Europäischen Zentralbank oder das soziale Europa, das von Thatcher geißelt, von Mitterand und Gonzalez jedoch propagiert wird. Hierbei sollte immer wieder in aller Transparenz geprüft und bewertet werden. Zu groß ist das Risiko, eine zu starke Polemik heraufzubeschwören und das Aufkommen antieuropäischer Gefühle in den öffentlichen Meinungen zu fördern, deren Symptome sich bereits hier und da bemerkbar machen.

Zweifelsohne gibt es Möglichkeiten, auf Thatcher zuzugehen. Doch diese Möglichkeiten müssen gefunden werden, bevor sie die Fehler, das Zögern und die Träume ihrer gezwungenen Partner für ihre Zwecke ausnutzt.